



Bettina König

MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES
VON BERLIN

Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz
10111 Berlin-Mitte
Telefon: (030) 23 25 22 92
E-Mail: [bettina.koenig@
spd.parlament-berlin.de](mailto:bettina.koenig@spd.parlament-berlin.de)

SPD Wahlkreisbüro Reinickendorf-Ost
Amendestraße 104
13409 Berlin
Telefon: (030) 40 72 43 36
E-Mail: info@bettina-koenig.de

15. Juni 2026

PRESSEMITTEILUNG

Ausweitung des Milieuschutzes in Reinickendorf-Ost: Bezirksamt verschiebt Beschluss erneut. Bettina König, MdA (SPD) kritisiert Verzögerungstaktik der CDU

Bettina König, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD) und Abgeordnete für Reinickendorf-Ost, erklärt dazu: „Die Mieten in Reinickendorf-Ost stehen unter enormen Druck und die MieterInnen brauchen schnell Schutz vor Verdrängungen und Mieterhöhungen, die Ergebnisse der Studie in den Gebieten belegen das eindeutig. Die Reinickendorfer CDU im Bezirksamt und in der BVV blockieren eine Beschlussfassung und verhindern so, dass Mieterschutz schnell auf den Weg gebracht wird. Das hat fatale Auswirkungen auf die Menschen in unseren Kiezen.“

Der Berliner Mieterverein hat nun eine Petition ins Leben gerufen hat, die das Bezirksamt endlich zum Handeln auffordert. [Diese Petition kann ab sofort auch direkt im Bürgerbüro Bettina König, Amendestr. 104, 13409 Berlin unterschrieben werden.](#)

Zum Hintergrund: Die Untersuchung zur Ausweitung des Milieuschutzes in Reinickendorf-Ost liegt vor und liefert ein eindeutiges Ergebnis: Der bestehende Milieuschutz im Lettekiez sollte dringend auf die Gebiete Breitkopfbecken, Hausotterplatz und Residenzstraße West ausgeweitet werden. Die Studie belegt in allen drei Quartieren einen massiven Aufwertungsdruck, steigende Mieten und ein hohes Verdrängungsrisiko. Obwohl damit alle Kriterien für einen besseren Mieterschutz erfüllt sind, blockiert das CDU-geführte Bezirksamt Reinickendorf bislang die offizielle Beschlussfassung über die sozialen Erhaltungsverordnungen.

Eine Ausweitung des Milieuschutzes würde bedeuten, dass bauliche Veränderungen wie bspw. Luxussanierungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen künftig vom Bezirk genehmigt werden müssen. Dies ist eines der wirksamsten kommunalen Instrumente, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und gezielt einzugreifen, bevor einkommensschwache Haushalte, Alleinerziehende und ältere Menschen verdrängt werden. Während die betroffenen Mieterinnen und Mieter die Studienergebnisse mit großer Erleichterung aufgenommen haben, zögert das Bezirksamt die notwendige Zustimmung hinaus.